

High-Dreck

Kein anderes Bundesland läßt so viel Giftmüll auf der Nordsee verbrennen wie die High-Tech-Region Baden-Württemberg. Jetzt droht die Industrie mit Investitionsstopp.

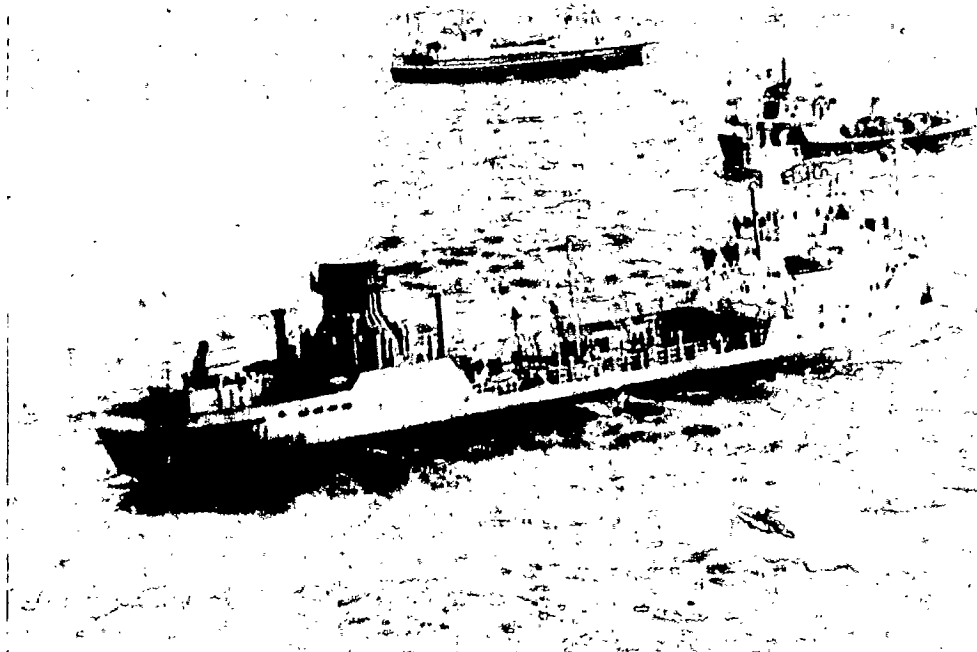
Den Arbeitern im Mannheimer Hafen ist der Kahn, der alle paar Wochen im Becken 24 anlegt, längst ein Begriff: „Das Giftschiff“ heißt der Frachter „Wedau“ im Volksmund.

Aus einem Tanklager wird die „Wedau“ mit einer ätzenden Pampe vollgepumpt: mit Reinigungs- und Lösungsmitteln aus Industriebetrieben, flüssigem Giftmüll made in Baden-Württemberg.

Mit der gefährlichen Fracht schippert die „Wedau“ nach Antwerpen. Dort wird der Giftcocktail auf das deutsche Verbrennungsschiff „Vesta“ umgelassen, das den Müll auf internationalen Nordsee-Gewässern verheizt. Die Abfälle aus Metallverarbeitung und Chemieproduktion, aus Druckereien und Labors dürfen wegen ihres hohen Chlorgehalts an Land nicht mehr beseitigt werden.

In Baden-Württemberg wäre eine Entsorgung des Mülls auch bei geringem Gefährdungspotential gar nicht möglich. Denn das reichste Bundesland verfügt zur Zeit über keine eigenen Möglichkeiten, Sondermüll zu verbrennen oder geordnet zu deponieren.

Einen Ausweg aus dem südwestdeutschen Giftmüllnotstand, den Lothar Späths CDU-Regierung zu verantworten hat, können nicht einmal die baden-württembergischen Grünen weisen. Auf ihrem Landesparteitag am vorletzten



Abfallverbrennung in der Nordsee*, Stuttgarter Abfallpolitiker Vetter: Müllkippe für Gifte

Wochenende in Freudenstadt scheiterten die Realos aus der Landtagsfraktion mit ihrem Vorschlag, als Notlösung unter Umständen den Bau von Verbrennungsanlagen im Ländle zuzulassen.

Verabschiedet wurde ein Fundi-Vorschlag nach dem St.-Florians-Prinzip „Verschon mein Haus, zünd andere an“. Der Beschluß sieht vor, den Giftmüll weiterhin in benachbarten Ländern zu entsorgen. Damit aber, gifteten sogleich die Nachbar-Grünen aus Hessen herüber, unterstützen die Südwest-Grünen den Ausbau „von Sondermüllverbrennungsanlagen in Hessen“.

In Baden-Württemberg bliebe, ginge es nach den Grünen, alles beim alten:

Die High-Tech-Industrie im Reich des Lothar Späth ist bei ihren jährlich 350 000 Tonnen Giftrückständen (FDP-Fraktionschef Walter Döring: „High-Dreck“) nahezu ausschließlich auf Verschiebung per Mülltourismus angewiesen. „Die Nordsee“, urteilt der Umweltchemiker Hans-Dieter Stürmer, „ist derzeit die einzige funktionierende Müllkippe Baden-Württembergs.“

Mit Abwässern, die in Rhein und Neckar eingeleitet werden, gelangen jährlich 60 000 Tonnen Stickstoff, 12 000 Tonnen Phosphor und 1000 Tonnen kaum abbaubare Chlorverbindungen in die Nordsee. Und mit 15 000 Tonnen Chlorkohlenwasserstoff-Abfällen liefert Baden-Württemberg allein ein Drittel aller bundesdeutschen Seeverbrennungsabfälle, mehr als jedes andere Bundesland. Es ist daher nach Ansicht der Grünen weitgehend mitschuldig am Tod von Robben und Fischen.

Einem internen Papier des Umweltbundesamtes zufolge sind 170 baden-württembergische Industriebetriebe Kunden der Seeverbrennung. Aufgeführt sind gute Adressen wie die Daimler-Benz AG, aber auch weniger feine wie die in Giftgas- und Drogenskandale verwickelte Imhausen-Chemie in Lahr.

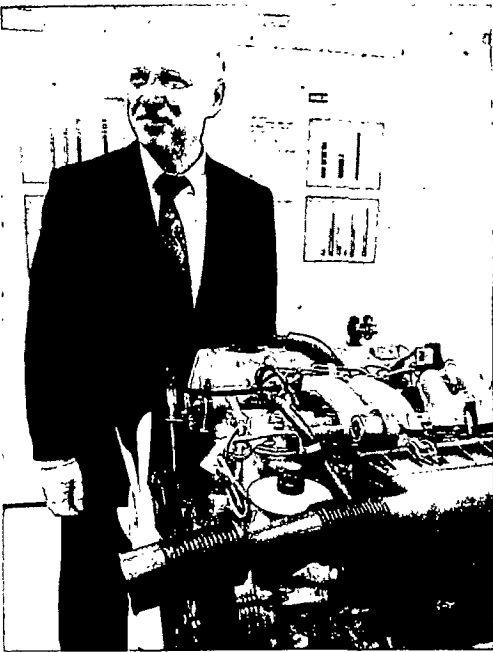
Mehrfach schon haben die Landtags-Grünen den christdemokratischen Umweltminister Erwin Vetter, 52, aufgefordert, die Gifttransporte zur See zu stoppen. Jetzt will der Minister das Geschäft zumindest drosseln. Allerdings: Wer keine ungiftigen Ersatzstoffe nutzen oder keine Entsorgungsmöglichkeiten an Land nachweisen kann, soll weiterhin auf See verbrennen dürfen.

Während größere Betriebe immer mehr auf umweltfreundliche Ersatzstof-



Demonstration gegen Abfallverbrennung zu Lande*: „Entsorgung gefährdet“

* Oben: Verbrennungsschiff „Vesta“; unten: im baden-württembergischen Kehl.



aus dem Musterlande

fe umsteigen, produzieren kleinere Firmen, denen das Geld für Forschung oder Umrüstung fehlt, weiterhin flüssigen Sondermüll, der auf hoher See verbrannt werden muß. „Billigentsorgung mit Primitivtechnologie“ nennt Carsten Redlich von Greenpeace die Seeverbrennung; dabei würden Ultragifte wie Dioxine oder Furane freigesetzt.

Österreich und die Niederlande verzichten seit Februar dieses Jahres auf die Primitiventsorgung zu Wasser. Bonn dagegen hält sich an ein Agreement der Londoner Nordseeschutzkonferenz von 1987. Danach dürfen die Schlotte der Giftschiffe noch bis 1994 rauchen.

Das Aus für die bundesdeutsche Verbrennung könnte freilich schon viel früher kommen. Belgien will Anfang Oktober seine Verladehäfen für westdeutschen Giftmüll dichtmachen. Entsorgungsunternehmen wie die Gesellschaft für die Verbrennung auf See (GVS) in Frankenthal sondieren deshalb derzeit Alternativen in Emden. „Kommt Emden nicht durch“, sagt GVS-Geschäftsführer Karl Heinz Decker, „wird es vor allem für Südwestdeutschland eng.“

Baden-Württembergs Umweltminister Vetter wird sich dann auf „das trügerische Eis des Exports“ begeben müssen. Daß durch Mülltourismus Ökoprobleme nur verlagert, nicht aber gelöst werden, weiß auch Vetter. Doch das Kernstück des von ihm angekündigten Entsorgungskonzepts, eine landeseigene Sondermüllverbrennungsanlage in Kehl, ist schon vor dem Bau ins Wanken geraten. Durch tölpelhaftes Vorgehen bei der Standortwahl hat die Landesregierung die Region gegen sich aufgebracht. Selbst Beamte im Umweltministerium rechnen nicht mehr damit, daß der Ofen in Kehl vor dem Jahr 2000 rauchen wird.

Was die Kehler Bürger besonders giftig werden läßt, ist das Standortgutachten eines Hamburger Ingenieurbüros. Danach ist die Wahl unter anderem deshalb auf die Stadt am Rhein gefallen, weil bei einem Störfall „nur 30 000“ Einwohner zu evakuieren wären. (Daß direkt gegenüber auf der anderen Rheinseite der Großraum Straßburg mit 400 000 Einwohnern liegt, hatten die Gutachter offenbar glatt übersehen.)

Selbst CDU-Kreis- und Stadtverbände protestieren mittlerweile gegen den Gift-ofen, vor allem „im Hinblick auf die anstehenden Kommunalwahlen im Herbst“, so der Kehler CDU-Chef Richard Schüler.

Ein gewisses Maß an Gerechtigkeit kann auch der CDU-Umweltminister nicht mehr verhehlen. Als „Interessenhaufen“, der Panikmache betreibt, titulierte Vetter eine Ärzte-Initiative, die in einem Kehler Vorort – direkt in der Abluftfahne der Straßburger Industrieschlote – eine doppelt so hohe Krebsrate wie im Landesdurchschnitt festgestellt hatte.

Nach Berechnungen des Würzburger Chemikers Tino Merz stoßen Industrie und Müllverbrennungsanlagen um Kehl und Straßburg schon jetzt alljährlich eine Dioxin-Menge aus, deren Gefahrenpotential dem von 90 Gramm des Seveso-Giftes TCDD entspricht. Merz: „Es gibt keinen ungeeigneteren Standort in Baden-Württemberg als Kehl.“

Eine von der Regierung veranlaßte Umweltverträglichkeitsprüfung, deren Ergebnis letzte Woche veröffentlicht wurde, ergab allerdings laut Regierungspräsidium Freiburg, daß „keine relevanten Gesundheitsrisiken zu erwarten“ seien – ein Resultat ganz im Sinne des Umweltministeriums, das schon früher verlautbarte: „Irrationale Dioxin- und Krebsdiskussionen gefährden das Entsorgungskonzept.“

Ein taugliches Entsorgungskonzept wird schon seit Mitte der siebziger Jahre angemahnt. Krach schlug erneut, im vergangenen Sommer, die Industrie- und Handelskammer (IHK) Oberschwaben. Weil auf dem Land der Sondermüll oft schon gar nicht mehr abgeholt werde, stapelten sich auf Werksarealen am Bodensee tonnenweise die Giftfässer. Die Firmen würden, klagte die IHK, geradewegs in die Illegalität getrieben.

Daß vielerorts, nicht nur in Oberschwaben, wilde Giftlager betrieben werden, bestätigen auch Vetters Umweltbeamte. „Mittelfristig müssen hier ganze Produktionszweige geschlossen oder Standorte wegverlagert werden“, drohte bei einer Sondermülltagung in Bad Boll der Geschäftsführer der IHK Mittlerer Neckar, Ernst Neuffer.

Rudolf Schotter, Geschäftsführer des Verbandes der baden-württembergischen Industrie, kann es aufgrund der ungeklärten Giftmüllsituation schon jetzt „keiner Firma verdenken, wenn sie hier im Land nicht mehr ansiedelt“.

WISSENSCHAFT

Schwarzer Peter

Für seine Wissenschaftspolitik bekommt der rot-grüne Senat in Berlin nun eine Quittung – vom Stifterverband der Industrie.

Ihre Karriere ist einzigartig: Von der Universität Basel erhielt die Dame den Ehrendoktor, vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz – und vom Arbeitgeber jetzt die Entlassung.

Silke Bernhard leitet die sogenannten Dahlem-Konferenzen in Berlin, eine wissenschaftliche Institution von hohem Rang. Sie macht das seit 15 Jahren und mit so großem Erfolg, daß prominente Professoren aus Übersee, darunter viele



Dahlem-Konferenzen-Leiterin Bernhard
„Dem Senat etwas anhängen“

Nobelpreisträger, allein für die „Dahlem Workshops“ nach Berlin einfliegen. Diese Einrichtung, urteilte 1985 die „Süddeutsche Zeitung“, habe „weltweite Anerkennung gefunden“.

Dennoch wurde Silke Bernhard und ihren sechs Mitarbeitern am 26. Mai zum Jahresende gekündigt. Nach der umstrittenen Schließung der Akademie der Wissenschaften durch den rot-grünen Senat droht damit ein neuer Prestigeverlust für die Wissenschaftsstadt Berlin. Ein Ende der Dahlem-Konferenzen, gesteht Wissenschaftsstaatssekretär Hans Kremendahl (SPD), wäre „in besonderer Weise brisant“.

Der Träger der Dahlem-Konferenzen, der in Essen residierende Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, findet die Kündigung „ganz selbstverständlich“, wie der zuständige Geschäftsführer Hans-Henning Pistor erklärt. Der Stifterverband habe bereits 1986 beschlossen, aus den Dahlem-Konferenzen aus-